

Bundesregierung plant Krypto-Verbot

Deutschland auf dem Weg in den
Orwellischen Überwachungsstaat?

HAMBURG/BONN – 21.12.1996 (t-off).

Die Bundesregierung ist nunmehr offensichtlich fest entschlossen jede nicht von ihr genehmigte elektronische Verschlüsselung von Informationen zu verbieten und die Nutzung aller ungenehmigten Verschlüsselungstechniken für den Transport von Informationen über Computer-Netzwerke unter Strafe zu stellen. Das berichtet der *SPIEGEL* in seiner neuesten Ausgabe (52/1996).

Diese Pläne des Innenministers Kanther (CDU) bedeuten, daß z. B. die Benutzung des im Internet beliebten und sehr sicheren Verschlüsselungs-Programms „Pretty Good Privacy“ (PGP) in Deutschland künftig verboten wird. Deutschland würde damit dem Beispiel von China und Frankreich folgen. Um das Krypto-Verbot vorzubereiten, haben sich in Bonn gestern Referenten der Innenministerien aus Bund und Ländern vertraulich getroffen. [mehr]

Ein Mann ohne Charakter

BERLIN – 20.10.2003 (khd). Liest man das mit einem zeitlichen Abstand von 7 Jahren und weiß dabei inzwischen, daß dieser ‚Saubermann‘ Manfred Kanther (gebeichtet am 14.1.2000 vor der Presse) jahrelang alle Partei-Bilanzen der hessischen CDU von 1989 bis 1996 wissentlich fälschte, um Millionen von Schwarzgeldern in Liechtenstein zu verschleiern, dann fragt man sich: Wessen Geistes Kind ist dieser Mann, der gelogen und betrogen hat? Und wie überhaupt konnte er [Ed-2005: bei solch negativen Charakter-Eigenschaften] Bundesinnenminister werden? [mehr]

**„Online-Durchsuchungen
sind ein eklatanter Mißbrauch
digitaler Technik!“**

Das sagen 2007 unabhängige Ingenieure zu den Plänen des Bundesinnenministers Schäuble (CDU). Übrigens, Bundesinnenminister Kanther scheiterte damals mit seinem Ansinnen eines Krypto-Verbots.

Private durchsuchen längst

Bürger Freiwild für Behörden und Schnüffler /
BrandProtect & Co at ‘digital work’...

BERLIN/TORONTO – 29.8.2007 (t-off).

Unter dem Mantel der Fahndung nach Terroristen und angeblichen Verbrechen gegen das Markenrecht [BTW: was nützt das eigentlich dem Bürger?] ereignen sich heute höchst merkwürdige Dinge – immer gerichtet gegen die freien Bürger in einer „freien Welt“ ([x]). Die Deutsche Bundesregierung will sogar „Bundes-Trojaner“ zur Online-Durchsuchung von Computer erlauben, wie ein aktueller Gesetz-Entwurf deut-

lich macht. Das könne sie aber nur dann realisieren, wenn sie sich zunächst selbst mit quasi kriminellen Methoden das Wissen um die nicht publizierten Sicherheitslücken von Computer-Betriebssystemen aus der Szene der Wirtschaftsspionage einkauft, teilte ein Informatik-Professor im InfoRadio-Berlin mit. Das werde in der politischen Diskussion bislang überhaupt nicht beachtet. [mehr]

Mit Online-Durchsuchungen von Internet-Servern läßt sich offensichtlich schon heute reichlich Geld machen. Allzuoft müssen noch dazu die Nutzer für eine erfolgte Total-Durchsuchung bezahlen. Denn da werden schon mal über Nacht um die 500 MByte an Bild- und PDF-Dateien abgesaugt, um diese mit Spezial-Software zu untersuchen. Und wenn dann der ‚Traffic‘ bei dieser Nacht- und Nebel-Aktion von Spionage das vom Web-Hoster vorgegebene Limit überschreitet, dann muß eben der Nutzer kräftig löhnen.

Natürlich halten sich die Durchsucher nicht an die in der robots-Datei festgelegten Regeln. Sie nehmen auf einen Schlag alles mit, was da ‚rumliegt‘, auch wenn das in dieser Datei explizit untersagt wird.

Solche Unternehmen wie Brand-Protect.com sagen, daß sie einen Dienst für die Menschheit leisteten. Denn sie würden

nur nach Markenrechtsverletzungen Ausschau halten. Auch kämpfte man damit gegen das kriminelle ‚Phishing‘, heißt es. Aber wer glaubt das schon.

Und Sie glauben, daß stimme alles nicht. Dann schauen Sie doch mal in die Log-Dateien Ihres Internet-Servers und halten Ausschau nach „IWAgent/ 1.0“ oder „Link-Walker/2.0“. Sie werden staunen, was da heutzutage alles an Ungereimtheiten zu finden ist. Einträge von ‚Bundes-Trojanern‘ werden Sie dort allerdings nicht finden. Denn dieser nutzt die vielen noch gar nicht veröffentlichten Macken von Microsoft-Betriebssystemen. Nur ganz wenige Experten wissen davon und lassen sich ihr Wissen teuer bezahlen – demnächst also auch von der deutschen Regierung...

Mehr zu diesem Thema:

- [01] [14.12.2006: Datenschutzbeauftragter kritisiert Online-Durchsuchungen] (HEISE)
- [02] [11.07.2007: Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus durch das Bundeskriminalamt] (Gesetz-Entwurf)
- [03] [00.08.2007: Antwort des Bundesinnenministerium an das Justizministerium] (netzpolitik.org)
- [04] [00.08.2007: Antwort des Bundesinnenministerium an die SPD-Fraktion] (netzpolitik.org)
- [05] [28.08.2007: Bundes-Trojaner sind spähbereit] (SPIEGEL-ONLINE)

Das Hauptportal des „khd-research.net“ ist im Internet erreichbar unter der Adresse: <http://www.khd-research.net/>.

Erscheinungsorte sind San José (USA) oder Toronto (Canada). Herausgeber der Publikationen ist: Dipl.-Ing. K.-H. Dittberner, Berlin. Es gilt der Disclaimer.

Der hier im PDF-Format präsentierte Haupt-Artikel wurde erstmals in der Nr. 48 der Ausgabe der »khd-Page« vom 23. Dezember 1996 veröffentlicht. Alle im Text unterstrichenen Begriffe sind im Original (im Internet) mit Links (Verweisen) versehen, die zu weiterführenden Informationen im Weltwissensnetz führen.

Die Artikel-Archivierung ist unter folgendem Pfad (URL) erfolgt: <http://www.khd-research.net/Welcome/News00.html#19>.